

ÖkonomInnen und SoziologInnen in der öffentlichen Diskussion Frankreichs (2005-2009)

Welche Beiträge leisten Ökonomie und Soziologie zur gegenwärtigen öffentlichen Diskussion in Frankreich? Um diese doch sehr allgemeine Frage zu behandeln, werde ich sie durch eine konkretere ersetzen und im Folgenden untersuchen, wie zwei Typen von Professionellen des Wissens, eben ÖkonomInnen und SoziologInnen, in die öffentliche Diskussion eingebunden sind. Diese zwei Typen von Akteuren sind in der Lage, an der Erstellung von Gutachten, Diskursen und Analysen oder an der Entwicklung von Vorschlägen für öffentliche Maßnahmen mitzuarbeiten, die sich auf allgemeine wirtschaftliche und soziale Fragen (die „Krise“, den Wohlstand usw.) oder auf Probleme verschiedener Reichweiten beziehen. Zunächst werde ich sie als „Berufsgruppen“ über einige soziale und institutionelle Merkmale beschreiben.

Ich möchte, kurz zusammengefasst, zeigen, dass sich im Frankreich der letzten Jahre die strukturelle Dominanz der ÖkonomInnen beträchtlich verstärkt hat. Sieht man einmal von Spezialwissenschaften (wie Genetik, Nanotechnologien und Erderwärmung [est-ce que l'étude des causes du réchauffement climatique est un „domaine scientifique spécialisé“ comme la génétique et les nanotechnologies ?]) ab, so beherrscht die Fachdisziplin Ökonomie den Raum öffentlich diskutierter Fragen fast zur Gänze – gleich, ob diese als „ökonomische“ Fragen definiert sind (Wirtschaftskrise, Konjunkturpolitik usw.) oder nicht („nachhaltige Entwicklung“, „Lebensqualität“, Bildungsungleichheiten, das französische „Sozialmodell“ usw.). Dieser Prozess einer Monopolisierung (oder eher Quasi-Monopolisierung) durch eine Berufsgruppe ist zwar nicht völlig neu und beruht auf sozialen Mechanismen, die einigermaßen bekannt sind,¹ doch hat er jüngst ein bislang unerreichtes Ausmaß angenommen. Deshalb lohnt es sich, die gegenwärtige (Quasi-)Monopolisierung genau zu untersuchen.

Zu Beginn werde ich einige jener Merkmale diskutieren, über die sich die beiden Fachdisziplinen sozial und institutionell unterscheiden. Danach werde ich einige historische Konfigurationen der öffentlichen Diskussion in Frankreich behandeln, bei denen sich jüngst die Dominanz der Ökonomie gezeigt hat: die Debatten um das „Sozialmodell“ und den anschließenden „Bruch“ mit dem französischen Modell, die Präsidenten- und Regierungswahlen von 2007 sowie die Diskussionen um Lebensqualität und um die Definition von Indikatoren der Wirtschaftsleistung, wie sie im Zuge der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission (2008-2009) geführt wurden. Zuletzt werde ich einige Überlegungen dazu anstellen, wie sich die Beziehungen zwischen den beiden Fachdisziplinen verändern könnten.

Zwei gegensätzliche Fachdisziplinen²

Gegen die Idee, Wirtschaftswissenschaften und Soziologie zu vergleichen, ließe sich einwenden, dass diese zwei Fachdisziplinen allzu unterschiedlich sind: durch ihre Geschichte, durch ihre Vorannahmen, durch ihre sozialen und politischen Funktionen. Ein Vergleich könnte daher nur ein Artefakt hervorbringen. Allerdings weisen Ökonomie und Soziologie auch viele Gemeinsamkeiten auf. Als Sozialwissenschaften haben ja beide von ihren Anfängen an einen gewissen Anspruch auf Universalität vertreten³ und stehen seit Langem miteinander in einem vielfältigen und komplexen Austausch. Gemeinsam sind ihnen zum Beispiel der Anspruch auf

¹ Vgl. Alfred William Coats, *The Sociology and Professionalization of Economics*, ORT 1993.

² Für diesen Abschnitt beziehe ich mich auf *Référence : une contribution à paraître au rapport mondial sur les sciences sociales de l'UNESCO 2010*.

³ Zur Soziologie vgl. etwa Johan Heilbron, *Naissance de la sociologie*, Marseille 2006; zur politischen Ökonomie vgl. J.-C. Perrot, *Une histoire intellectuelle de l'économie politique. XVIIème-XVIIIème siècles*, Paris 1992.

eine gewisse „Wissenschaftlichkeit“ oder „Objektivität“ sowie Rationalismus und Universalismus. Sie haben, genauer gesagt, einerseits das Projekt gemein, sich von Rechtswissenschaft und Philosophie zu unterscheiden, die als normative Disziplinen an den Staat oder an ethisch-politische Vorannahmen gebunden sind. Andererseits haben sie gemein, sich untereinander mehr über ihre institutionellen und sozialen Wirklichkeiten sowie über ihre in gewisser Hinsicht „konträren“ „Botschaften“ zu differenzieren als über ihre Gegenstände (von denen sie immer mehr teilen) und Methoden (etwa den Einsatz von immer ähnlicheren statistischen Techniken). Der Vergleich, der hier nur skizziert werden kann, ist also zu rechtfertigen, zumal er erlaubt, bestimmte Aspekte des gegenwärtigen Zustands der Sozialwissenschaften besser zu verstehen. Zu diesen Aspekten zählen besonders die Prozesse symbolischer Herrschaft, die auch in den Sozialwissenschaften zu beobachten sind. Denn der Austausch zwischen Fachdisziplinen ist nicht durch die Prinzipien von Symmetrie und Gleichwertigkeit bestimmt, sondern zuerst einmal durch die symbolischen Kräfteverhältnisse, die zwischen unterschiedlichen Kategorien von Professionellen der Analyse, der Interpretation usw. herrschen.

Ungleiche Grade von Internationalisierung

Auch wenn es schwierig ist, einen synthetischen, zusammenfassenden Indikator dafür anzugeben, lässt sich doch feststellen, dass die Internationalisierungsgrade beider Fachdisziplinen sehr unterschiedlich sind. In der Wirtschaftswissenschaft wird immer mehr auf Englisch kommuniziert,⁴ selbst innerhalb nicht englischsprachiger nationaler Räume. Die Soziologie hingegen ist stärker in besondere nationale Kontexte „eingebettet“ geblieben. Im Wesentlichen wird in den jeweiligen Landessprachen publiziert (trotz einer – langsameren – Internationalisierung in jüngster Zeit).

Dieser Unterschied ist nicht unabhängig von den Berufssparten, in welche die StudienabgängerInnen eingliedert werden.⁵ Englisch ist im Alltag von Berufen wichtig, die strukturell mit der Wirtschaft zusammenhängen, wie etwa im Bank- und Finanzwesen, wo das technische Vokabular im Allgemeinen nicht übersetzt wird. Die Soziologie ist demgegenüber stärker mit Berufssparten verbunden, die in Einrichtungen verankert sind, die sich im Rahmen einer oft historisch spezifischen nationalen Geschichte herausgebildet haben, wie zum Beispiel mit der Sozialhilfe, dem Erziehungs- und Bildungswesen. Im Rahmen der vielen anderen Indikatoren für die organisatorischen und kulturellen Unterschiede, die mit der Internationalisierung zusammenhängen, ist auch der Anteil von Artikeln wichtig, die ForscherInnen aus unterschiedlichen Ländern gemeinsam publizieren. Dieser Anteil ist in den Wirtschaftswissenschaften deutlich höher als in der Soziologie, was ihre stärkere transnationale Integration belegt.⁶

Im französischen Kontext gab es in letzter Zeit sogar eine besonders starke Internationalisierung der Wirtschaftswissenschaft. Dies lässt sich an der Gründung zweier großer akademischer Zentren sehen, der **Paris School of Economics** und der **Toulouse School of Economics**, und auch daran, dass ForscherInnen, die in den Vereinigten Staaten arbeiten, seien

⁴ Dies entspricht der engen Verbindung, die zwischen der Entwicklung dieser Disziplin und der angelsächsischen Welt, besonders der Gesellschaft der USA, besteht. Vgl. M. Fourcade-Gourinchas, *Economists and Societies: Discipline and Profession in the United States, Britain and France, 1890s to 1990s*, Princeton 2009.

⁵ Dazu gibt es einige Daten, in Frankreich namentlich aus Erhebungen des Studien- und Forschungszentrums für Berufsqualifikationen (*Centre d'Études et de Recherches sur les Qualifications – CEREQ*) oder nunmehr aus den AbgängerInnenstatistiken der Universitäten.

⁶ Der kanadische Wissenschaftshistoriker und -soziologe Yves Gingras zeigt zum Beispiel, dass der Anteil von Artikeln, die von AutorInnen aus Institutionen unterschiedlicher Länder kosigniert sind, in den Wirtschaftswissenschaften bedeutend höher ist als in jeder anderen sozialwissenschaftlichen Fachdisziplin. **Référence?**

sie nun Franzosen, Französinnen oder US-AmerikanerInnen, in der französischen öffentlichen Diskussion stärker präsent sind.

Zwei Systeme von Standards

Die Wirtschaftswissenschaft wird oft als Avantgarde auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Evaluation und „Steuerung“ beschrieben. Die Fachdisziplin hat zugegebenermaßen solide Standards für die Klassifizierung wissenschaftlicher Inhalte und für die Einstufung wissenschaftlicher Zeitschriften (auf Basis der Bibliometrie) geschaffen. Damit wurde die systematische Evaluierung der „Produktivität“ von ForscherInnen, Instituten und Universitäten möglich. Dies lässt sich als ein „Export“ von Steuerungstechnologien und Messmethoden begreifen, die in dieser Fachdisziplin entwickelt worden sind. Die Ökonomie hat auch ein allgemeines System wissenschaftlicher Preise eingerichtet. Diese Pyramide wissenschaftlicher Gratifikationen, an deren Spitze der „Preis für Wirtschaftswissenschaften der schwedischen Reichsbank in Gedenken an Alfred Nobel“ steht,⁷ erlaubt es, die etablierten Hierarchien innerhalb der Disziplin zu stärken. Die Einführung ein- und desselben Systems beruflicher Normen in den meisten Ländern begünstigt, wie von vielen AutorInnen (zum Beispiel Alfred William Coats⁸) unterstrichen wird, eine starke Homogenität der Fachdisziplin. Im Gegensatz dazu sind in der Soziologie nationale kulturelle Referenzen und Besonderheiten noch wichtiger, wie der Soziologe Jean-Michel Berthelot Ende der 1990er Jahre in einem Sammelband über die zeitgenössische französische Soziologie hervorgehoben hat.⁹ Zwar haben die angelsächsischen soziologischen Felder zum Gutteil einige der Normen übernommen, die ausgehend von der Ökonomie und den Naturwissenschaften verbreitet wurden. In anderen Kontexten jedoch, wie in Frankreich und Deutschland, existieren weiterhin spezifische Arten der Evaluierung, die manchmal näher an jenen sind, die in den literaturwissenschaftlichen Fachdisziplinen und den „Geisteswissenschaften“ vorherrschen.

Als illustratives Beispiel möchte ich hier die massive Ablehnung der „Normalisierung“ der Einstufung von soziologischen Zeitschriften anführen, welche die Agentur zur Evaluierung der Forschung in Frankreich (*Agence d'évaluation de la recherche française*) 2008/09 vorgenommen hat, oder, noch deutlicher, die Ablehnung der Bibliometrie, die in Frankreich nur bei wenigen sozial- und humanwissenschaftlichen Disziplinen (vor allem Psychologie und Ökonomie) zur Evaluierung benutzt wird. Die Einführung solcher Normen in den Sozial- und Humanwissenschaften wird oft als Ausweitung von Evaluierungskriterien verstanden, die in der Ökonomie bereits weite Verbreitung finden, aber für jene spezifischen Fachdisziplinen ungeeignet sind.

Zwei strukturell und funktionell unterschiedliche Felder

Bezieht man sich auf systematischere Weise auf die von Pierre Bourdieu ausgearbeitete Theorie der Felder,¹⁰ so unterscheiden sich die Felder der Soziologie und der Wirtschaftswissenschaft durch ihre Morphologien, ihre Positionen im Feld der Macht, ihre Strukturen und ihre sozialen Funktionen. Wenn beide das sind, was man wissenschaftliche Felder nennen kann, das heißt relativ autonome soziale Räume, die der Herstellung von Erkenntnissen mit wissenschaftlichem

⁷ Vgl. Frédéric Lebaron, Nobel Economists as Public Intellectuals: The Circulation of Symbolic Capital, in: *International Journal of Contemporary Sociology* 43 (1) / April 2006, S. 87-101.

⁸ Vgl. Alfred William Coats, *The Sociology and Professionalization of Economics*, ORT 1993.

⁹ Vgl. Jean-Michel Berthelot (dir.), *La sociologie française contemporaine*, Paris 1999, S. ???.

¹⁰ Vgl. etwa Pierre Bourdieu, *Homo academicus*, Frankfurt am Main 1988; Pierre Bourdieu, *Die Regeln der Kunst. Genese und Struktur des literarischen Feldes*, Frankfurt am Main 1999; Pierre Bourdieu, *Science de la science et réflexivité*, Paris 2002.

Anspruch gewidmet sind, so divergieren sie unter den aufgelisteten Aspekten doch deutlich. Ich werde einige dieser Unterschiede kurz besprechen.

Die beiden Disziplinen zu vergleichen heißt Gegenstände unterschiedlicher Größenordnung, besonders ungleicher Ausdehnung über die universitäre Welt hinaus zu vergleichen. Marktmechanismen spielen im Allgemeinen in den Wirtschaftswissenschaften eine größere Rolle. In Frankreich gilt dies seit den Reformen, die zur Einrichtung von wissenschaftlichen „Exzellenz-Polen“ geführt haben (im Besonderen von den themenbezogenen fortgeschrittenen Forschungs-Netzwerken [*Réseaux thématiques de recherche avancées*] im Rahmen des Forschungsabkommens von 2006 und jüngst von *LABEX* und *EQUIPEX* im Rahmen des 2010 initiierten Programms Investitionen in die Zukunft [*Investissements d'avenir*]). Dies brachte die Entwicklung bestimmter Individualisierungsprozesse bei Gehältern und Karrieremodellen mit sich, welche die Funktionsweise der Wissenschaft der Funktionsweise der Geschäftswelt annähern sollen.

Die Hauptunterschiede zwischen Soziologie und Ökonomie hängen mit deren Einbettung in soziale Netzwerke und Bereiche öffentlicher Maßnahmen zusammen, die sich stark unterscheiden. Die Ökonomie ist seit Langem in Organisationen und Institutionen integriert, die auf öffentliche Maßnahmen ausgerichtet sind, vor allem in Statistikorganisationen, Finanzministerien und Zentralbanken. Der Prozess ist jedoch breiter und erstreckt sich über beinahe über alle Ministerien, sogar über zahlreiche Lokalverwaltungen,¹¹ in denen ÖkonomInnen (oder genauer, AbsolventInnen der Ökonomie) Funktionen als ExpertInnen und EntscheidungsträgerInnen bekleiden. Diese Präsenz von ÖkonomInnen auf der nationalen Ebene wird verstärkt durch deren Präsenz in internationalen Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der **OECD**¹² und der Welthandelsorganisation oder in regionalen supranationalen Organisationen wie der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (**EZB**) usw. Auf lokaler Ebene ist die Ökonomie auch der fachdisziplinäre Background vieler politisch-administrativer Akteure. Der nicht-akademische Teil des Berufs dominiert dabei den akademischen Teil sowohl den Zahlen nach als zweifellos auch beim Gesamtvolumen der Produktion von ExpertInnendiskursen.

In Frankreich hat sich einerseits eine akademische Wirtschaftswissenschaft durchgesetzt, die stark durch die angelsächsische Welt und das angelsächsische Modell geprägt wird. Andererseits ist die Entwicklung der Fachdisziplin seit zwanzig Jahren vor allem durch einen Machtanstieg der Bank- und FinanzökonomInnen gekennzeichnet. Diese sind zu den ExpertInnen schlechthin geworden, die für die Wirtschaftsseiten schreiben, die in den meisten Zeitungen, auch den allgemeinen, immer präsenter werden und der makroökonomischen Konjunktur sowie den Finanzentwicklungen gewidmet sind. Diese Entwicklung hängt mit einer Veränderung der Bildungsinstitutionen (wie der Nationalen Hochschule für Statistik und Wirtschaftsverwaltung [*Ecole nationale de la statistique et de l'administration économique*], den Ausbildungsinstitutionen des Nationalen Instituts für Statistik und Wirtschaftsstudien [*Institut national de la statistique et des études économiques*])¹³ zusammen, welche die staatlichen ExpertInnen den „Finanzberufen“ angenähert hat (vor allem durch die Mathematisierung dieser Berufe). Dies hat zu einem Bedeutungsverlust der staatlichen ExpertInnen und (in einem geringeren Ausmaß, weil sie die Legitimität der „reinen“ Ökonomie bewahren) der akademischen ÖkonomInnen beigetragen.

¹¹ Vgl. **H** Mazoyer, Les calculs de la puissance. Socio-histoire d'une science de gouvernement. L'économie des transports (1960-1982). Thèse de doctorat de science politique, IEP de Lyon, 2011, S. ???.

¹² Vgl. **V** Gayon, L'OCDE au travail. Contribution à une sociologie historique de la « coopération économique » internationale sur le chômage et l'emploi (1970-2010). Thèse de doctorat de science politique, Université Paris-Dauphine, Décembre 2010.

¹³ Vgl. Frédéric Lebaron, La croyance économique. Les économistes entre science et politique, Paris 2000, S. ???.

In Frankreich sind die ÖkonomInnen in einem Beirat für Wirtschaftsanalysen (*Conseil d'Analyse Économique – CAE*) vertreten, der 1997 vom Premierminister Lionel Jospin¹⁴ gegründet wurde. Der sehr bekannte und oft zitierte Patrick Artus (von der internationalen, in Frankreich beheimateten Bank **CDC IXIS**) ist seit dem Gründungsjahr dabei. Mehrere ÖkonomInnen aus Banken und Finanzinstituten sind in den letzten Jahren beigezogen worden: Jean-Paul Betbèze (**Crédit Agricole**), Grégoire Chertok (geschäftsführender Gesellschafter von **Rothschild et Cie**), Jacques Delpla (**BNP-Paribas**), Gilles Etrillard (**Lazard**), Olivier Garnier (**Société Générale Asset Management**), Valérie Plagnol (**CMCIC Securities**), Philippe Trainar (**SCOR**) ... Die meisten Mitglieder des Beirats sind zwar Universitätsangehörige, doch dessen personelle Entwicklung ist bemerkenswert und stellt einen guten Indikator für den wachsenden Einfluss des Finanz- und Banksegments in der Welt der professionellen ÖkonomInnen dar.

Außerdem ist die Ökonomie direkt und indirekt in das, was bestimmte ForscherInnen „epistemische Gemeinschaften“ nennen, einbezogen, das heißt in Berufsgruppen und Netzwerke von Akteuren, die Glaubensannahmen und kulturelle Ziele teilen. Diese epistemischen Gemeinschaften engagieren sich beispielsweise für ökonomische Reformen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Subsystemen, in den Zentralbanken, in den internationalen Institutionen und auch in lokalen Zirkeln, Vereinen und Interessengruppen, die sich zumeist den „Strukturreformen“ verschrieben haben: der Liberalisierung, der Implementierung von Marktmechanismen und Konkurrenzlogiken. Die Soziologie ist demgegenüber vor allem eine akademische Disziplin geblieben, die stark mit bestimmten nationalen Kontexten, seien sie kulturell, intellektuell oder politisch, verbunden ist. Mitunter, wie in manchen Ländern West- und Nordeuropas, ist sie sogar recht stark mit der Verteidigung und Förderung von „sozialen“ Institutionen verknüpft, durch die ein Arbeitsmarkt für AbsolventInnen des Soziologiestudiums geschaffen wurde, wie zum Beispiel durch die Sozialarbeitsberufe, für die in vielen Ländern eine soziologische Ausbildung relativ häufig ist.

Im öffentlichen Raum ungleich mobilisierte Wissenschaften

Ohne Zweifel lassen sich die Unterschiede zwischen den beiden Fachdisziplinen am deutlichsten an deren ungleicher Präsenz in den öffentlichen Diskussionen erkennen, denn hier sind sie am stärksten ausgeprägt. Um dies zu zeigen, möchte ich drei historische Konfigurationen der öffentlichen Diskussion behandeln: die Debatten um das französische Sozialmodell (2005-2007), die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2007 sowie schließlich die Debatten um die Messung von **Wohlfahrt** und sozialem Fortschritt im Rahmen der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission von 2008 bis 2009.¹⁵ Diese drei Konfigurationen sind an sich für eine Expertise von ÖkonomInnen nicht besser geeignet als für eine Expertise von SoziologInnen: Im ersten Fall scheint der zentrale Begriff der Diskussionen („Sozialmodell“) ebenso aus der Soziologie oder der Geschichte wie aus der Ökonomie zu stammen; ein Wahlkampf, der zweite Fall, mobilisiert alle möglichen ExpertInnen und Professionellen der Sozialwissenschaften, vor allem die „PolitologInnen“; im dritten Fall ist die Kritik am BIP und an den Wohlstandsindikatoren oft mit der Kritik an Ökonomie und Wirtschaftsgläubigkeit verbunden.

Das französische Sozialmodell in der Krise: 2005-2007¹⁶

¹⁴ Vgl. die derzeit in Arbeit stehende *Thèse* von Jérémy Clairat, *Le gouvernement des économistes. L'institutionnalisation de l'économie politique comme science de gouvernement: Sociogenèses, pratiques et usages du CAE, 1997-2007. Sous la direction d'Olivier Ihl. PACTE, IEP de Grenoble.*

¹⁵ Vgl. **J.** Stiglitz, **A.** Sen et **J.-P.** Fitoussi, *Performances économiques et progrès social*. 2 tomes, Paris 2009.

¹⁶ Für den folgenden Abschnitt stütze ich mich auf Frédéric Lebaron, Florence Gallemard u. Carole Waldvogel, *Le modèle social français (est à bout de souffle)*. Genèse d'une doxa, in: *Revue de l'IREES*, Septembre 2009, S. 129-164.

2005 hat sich ein Diskurs über den „Niedergang“ des französischen Sozialmodells herausgebildet. Der Tenor der nationalen öffentlichen Diskussion verschob sich damit hin zu einer strukturellen Selbstkritik. Die „Feststellung“, dass das französische Modell in der „Krise“ ist, vereinte verschiedenste KommentatorInnen. Sie stritten über Ursachen und Konsequenzen, aber kaum über die Existenz solch einer „Krise“ oder gar eines leicht definierbaren „Sozialmodells“. In der Mehrzahl ÖkonomInnen, JournalistInnen oder WirtschaftsautorInnen, aber auch einige ArbeitgeberInnen, GewerkschafterInnen und PolitikerInnen trugen dazu bei, aus einer Analysekategorie („Sozialmodell“), vor allem aber aus einem Diskurs und einigen Standardformeln eine Doxa zu machen. Demgegenüber verwendeten nur wenige SoziologInnen den Ausdruck „Sozialmodell“: Wenn sie dazu gefragt wurden, besonders im Zusammenhang mit dem Bildungssystem, dann äußerten sich dabei oft kritisch über den verallgemeinernden und vagen Ausdruck „Sozialmodell“, blieben mit ihren Interventionen aber eher im Hintergrund.

Der Ausdruck „französisches Sozialmodell“ wurde vor allem im Laufe des Jahres 2005 erfolgreich in der Öffentlichkeit durchgesetzt. Bis dahin war eher selten von „Sozialmodell“ die Rede gewesen, auch wenn der Ausdruck immer mehr in Gebrauch gekommen war. Vor allem im politisch-gewerkschaftlichen Diskurs über Europa hatte er Verwendung gefunden, wie Texte von Gewerkschaftskongressen oder aus der Reihe „**Collection des Discours Publics**“¹⁷ zeigen. Das Jahr 2005 markierte aber nicht nur den Erfolg einer neuen Sprechweise, was sich an deren beachtlicher Verbreitung in den öffentlichen Diskursen sehen lässt. Über sie wurde auch ein Ensemble von Argumentationsressourcen und -techniken im Zentrum der französischen wirtschaftlichen und sozialen Diskussionen durchgesetzt, die auf der positiven Bewertung von „funktionierenden ausländischen Erfahrungen“ beruhten. Laut diesem Diskurs zeigte das „französische Sozialmodell“ viele Anzeichen der Erschöpfung. Seine Leistungen wären, vor allem im Vergleich mit den Nachbarländern, nur mittelmäßig. Daher wäre es dringend geboten, es umzudefinieren, ja sogar es zugunsten eines „neuen“ Modells aufzugeben. Es ist müßig, hinter diesen Formulierungen eine einheitliche Definition des „französischen Sozialmodells“ zu suchen, die alle Akteure und KommentatorInnen, die sich darauf beriefen, teilten: Manchmal waren damit die sozialen Sicherungssysteme gemeint, manchmal das System der Beziehungen zwischen Staat, ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, die öffentlichen Dienste, das Arbeitsrecht oder das Modell der republikanischen Schule, manchmal auch eine besondere Mischung dieser verschiedenen Elemente. Und dazu wurde ab und an noch dieser oder jener Aspekt des französischen „Temperaments“ oder der Wirtschafts-, Sozial- oder Politikgeschichte des Landes herbeizitiert. „Französisches Sozialmodell“ ist vor allem ein durch und durch ideologischer Operator, der dazu diente, das relativ kohärente „Sozialsystem“ in Frankreich mit anderen „Traditionen“, Systemen oder nationalen Entwicklungen zu vergleichen. Über diese Vorstellung konnte jedeR seine/ihre Sicht auf eine Gesellschaft und eine Wirtschaft entwickeln, die durch die Einbindung in ein nun globales und stark wettbewerbsorientiertes sozio-ökonomisches System in Frage gestellt wurden.

Um diesen Diskurs zu untersuchen, habe ich mich auf einige seiner lexikalische und argumentative Merkmale konzentriert, die ich an einem Korpus von Texten herausarbeiten konnte, die 2005 und 2006 in der Presse publiziert wurden. Diese Forschung bestätigt die Vielfalt der Verwendungen des Ausdrucks „Sozialmodell“ und der Problemstellungen, die mit diesem angesprochen werden. Der Diskurs eines großen Teils der Akteure dieser Debatte wurde durch ein bestimmtes Argumentationsschema strukturiert: Es basierte auf der Behauptung eines Scheiterns des „französischen Modells“, es war vor allem (aber nicht nur) am Arbeitsmarkt ausgerichtet, und es kumulierte in der Forderung, das „französische Modell“ zu überwinden. Eine genauere Untersuchung zeigt, dass zunächst das britische Modell als positiver Bezugspunkt für das Argumentationsschema wichtig war. Wenig später beriefen sich andere Akteure zwar auf das skandinavische oder nordische Modell, das Flexibilität am Arbeitsmarkt und Sicherheit für die

¹⁷ Éditeur lieu date?

ArbeitnehmerInnen vereinen würde (**Flexicurity**), doch die Behauptung, ein „französisches Modell“ hätte versagt, wurde dabei nicht direkt in Frage gestellt. Es handelte sich also eher um eine „kritische“ Variante der Doxa als um einen alternativen Diskurs. So koexistierten ein klar dominanter Diskurs und eine Minderheit von Versuchen, ihn zu unterlaufen.¹⁸ Diese Versuche beriefen sich im Wesentlichen auf das nordische Modell, forderten, dass die Sozialpartner eine wichtigere Rolle spielen sollten – und konnten sich nur beschränkt Aufmerksamkeit verschaffen. In der Argumentation um den Ausdruck „Sozialmodell“ werden mehrere Elemente miteinander verbunden:

- die Behauptung des gegenwärtigen Scheiterns des „französischen Sozialmodells“;
- der Gegensatz zwischen der Vergangenheit (Herausbildung und relative Effizienz des „Sozialmodells“) und der Gegenwart (Globalisierung und Krise);
- der Gegensatz zwischen den Grundsätzen und der Wirklichkeit des Sozialmodells – die Wirklichkeit strafe die deklarierten Grundsätze Lügen.

Im Anschluss an diese Debatte veröffentlichen auch jetzt noch ÖkonomInnen, JournalistInnen oder WirtschaftsautorInnen Bücher über Themen wie „Niedergang“, „Krise“ oder „Erschöpfung“ des „französischen Modells“. Nicolas Sarkozys Programm des Bruchs mit dem Modell wurde rasch umgesetzt, vor allem in der Frage der öffentlichen Beschäftigung. Liberalisierung und Strukturreformen, die durch neue Berichte vorbereitet wurden,¹⁹ sollen die Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs in verschiedenen Bereichen stärken. „Französisches Sozialmodell“ wurde zu einer relativ gängigen Wendung, die im Verlauf der Präsidentschaftswahlen 2007 reaktiviert wurde, in einem internationalen Raum zirkuliert und zumeist mit einer Herabwürdigung der französischen Sozialleistungen, vor allem für die Erwerbsarbeit, einhergeht.²⁰

Die Wahlen von 2007

Im Zuge der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 2007 zeigte sich das überwältigende Gewicht der Wirtschaftswissenschaft und das deutlich geringere Gewicht der Soziologie im öffentlichen Raum Frankreichs, wenn es um Wahlen geht. Mehreres ist hier deutlich geworden.

¹⁸ Die dominanten Akteure sind in Hinblick auf ihre sozialen Merkmale (die im Rahmen des Forschungsauftrags untersucht wurden) zentrale politische Akteure, JournalistInnen, ÖkonomInnen, ExpertInnen, UnternehmerInnen, die oft mit dem politischen und medialen Raum der liberalen Rechten in Verbindung stehen. Die kritischeren AutorInnen sind zumeist mit der Welt von Universität und Forschung verbunden.

¹⁹ Der Höhepunkt für diesen Interpretationsrahmen ist ohne Zweifel der Bericht der Kommission zur Freisetzung des französischen Wirtschaftswachstums („Kommission Attali“), in dem die extremste Entwertung französischer Leistungen und die positivste Bewertung des angelsächsischen Modells ausgedrückt ist.

²⁰ Ein Artikel von Claire Guélaud in der Zeitung *Le Monde* vom 30. Januar 2009 lässt nach dem Einsetzen einer brutalen und massiven Krise des globalen Kapitalismus eine neue Rahmung erkennen: „In der Krise bekommt das jüngst verschriene französische Modell wieder Glanz“. „Wer hätte geglaubt, dass Nicolas Sarkozy bereit wäre, sich für ‚mehr Staat‘ stark zu machen? Wer hätte sich vorgestellt, dass sich seine Minister zur Wirksamkeit eines französischen Modells bekennen, dem sie noch kürzlich vorgeworfen hatten, zu viel zu kosten, den Unternehmergeist zu lähmen und die Modernisierung des Landes zu verhindern?“ Diese offensichtlich radikale Wende betrifft den Diskurs einiger „zentraler“ politischer Akteure und Medien-KommentatorInnen rund um den Präsidenten der Republik. Die Rolle einiger Berater (Henri Guaino, Jean-Paul Fitoussi ...) ist dabei zweifellos nicht unerheblich. Es handelte sich typischerweise um einen „politisch-medialen Coup“, dessen Reichweite man in Frage stellen kann. Nichtsdestotrotz veränderte sich der Diskurs deutlich, besonders am 22. Juni bei einer Rede des Präsidenten vor dem Kongress, bei der er den Ausdruck „Sozialmodell“ oft und in äußerst positiver Bedeutung verwendete, im Zusammenhang mit der Einführung einer „großen Anleihe“, welche die Mehrheit der Eliten spaltete. Der Umgang mit der Krise und mit dem relativen symbolischen Zusammenbruch (jedenfalls mit der Entwertung) des „angelsächsischen Modells“, den die Krise mit sich bringt, kann vielfältige Formen annehmen. Im gegebenen Fall bestand die rhetorisch-argumentative Strategie des Präsidenten darin, die Reform und Umwandlung des Kapitalismus durch „Regulierung“ zu betonen, wobei er sich wieder auf die De Gaulle Tradition bezog, von der er sich zuvor in Bezug auf die Sozialpolitik abgegrenzt hatte.

Am 16. April 2007, eine Woche vor dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen, widmete die „Financial Times“ Frankreich und dessen „Sozialmodell“ eine Seite, die für die herrschende internationale (das heißt angelsächsische) Doxa zum Thema symptomatisch ist. John Thornhill schrieb in seinem Artikel, dass Frankreich im Vergleich zu den großen angelsächsischen und/oder skandinavischen Ländern nur eine schwache Wirtschaftsdynamik, eine hohe Staatsverschuldung und hohe Arbeitslosigkeit habe. Es würde an seinem „Sozialmodell“ zweifeln, scheinbar jedoch unfähig, es zu „reformieren“, und versteife sich stattdessen auf die ideologische Verteidigung eines veralteten wirtschaftlichen und sozialen Konzepts. Ist eine „Reform“ möglich, fragte dann der Autor. Während einige glauben würden, dass in Frankreich nur brutale Umstürze zu historischem Wandel führen, meinten andere, dass man in Zukunft das Modell wechseln kann, ohne unbedingt auf eine „Schocktherapie“ zurückgreifen zu müssen. Die „(gallische) Allergie gegen den Markt“, die mit der vom Comics Asterix illustrierten Vorstellung eines Widerstands gegen den Eindringling verbunden ist, könnte so nur ein historischer Einschub sein, der im Kontext der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden wäre und früher oder später (wie man hofft) zu Ende gehen würde. Was könnte diese Reform also zum Inhalt haben? Identifizierbaren und bekannten Übeln entsprechen einfache Lösungen. „Vergleichen wir Mr. Smith aus Arizona und M. Dupont aus Maine-et-Loire. Smith arbeitet 37% mehr in seinem Leben“, schreibt John Thornhill. Die Franzosen seien faul. Sie seien zu sehr an Sicherheit und zu wenig an Risiko und Leistung orientiert. Sie glaubten zu wenig an die Tugenden der Konkurrenz und hätten sich durch den interventionistischen Nachkriegsstaat, der alle dynamischen Kräfte erstickt hat, einschläfern lassen. Kurz, sie bräuchten eine Kur der (internationalen) Konkurrenz und der Leistung und müssten vor allem wieder Geschmack am individuellen Risiko finden.

Es ist frappant, dass diese Doxa, die von einem wichtigen Akteur der Finanzpresse und des globalisierten Kapitalismus verbreitet wurde, fast aufs Wort (genauer, aufs übersetzte Wort) der Doxa der herrschenden Klassen Frankreichs gleicht. Zur Unterstützung seiner „Beweisführung“ zitierte der Journalist der „Financial Times“ im Übrigen mehrere Franzosen, die aktiv an den Diskussionen zu den Wahlen teilgenommen hatten: den Ökonomen Élie Cohen, den hohen Beamten Michel Camdessus und schließlich Augustin Landier und David Thesmar. Cohen, bekannt wegen seiner zahlreichen liberalen Artikel über die französische Industrie, den Wettbewerb und die Globalisierung, ist Forschungsleiter (*Directeur de recherches*) am Nationalen Forschungszentrum (*Centre national de la recherche scientifique – CNRS*) und Mitglied des *Cercle des économistes* (s.u.). Camdessus, ehemaliger Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds (*International Monetary Fund – IMF*) und leitender Architekt der Strukturanpassungspläne in Entwicklungsländern, hatte einen offenen Brief an die KandidatInnen des Präsidentschaftswahlkampfes verfasst, in dem er Strukturreformen nach dem Vorbild Kanadas, Schwedens und Spaniens, im Besonderen in Bezug auf den Arbeitsmarkt und die Reduktion der Staatschulden, empfahl. Die beiden Bankökonominnen Landier und Thesmar hatten im Jänner 2007 einen Essai über „De[n] große[n] böse[n] Markt: Entzifferung einer französischen Fantasie“ im Verlag Flammarion publiziert.²¹ Dieser Essai wurde in dominanten Medien hoch gelobt und erleichterte die Verbreitung der These von der „Marktallergie“ der französischen Gesellschaft.

Seit einigen Jahren unterstellt ein sehr strukturierter Diskurs es als gegeben, dass die französische Wirtschaft „verfällt“ und dass das aus den Reformen der *Front Populaire* und dem Nationalrat der *Résistance* hervorgegangen „Sozialmodell“ „gescheitert“ ist. Dieses „Modell“ wäre zu kostspielig und wirkungsschwach geworden, wo es doch zum gegenwärtigen Zeitpunkt in einer (endlich) wirklich konkurrenzorientierten Welt vor allem darum ginge, „zu inovieren, um Mehrwert zu schaffen“, Risiken einzugehen, anstatt das Heil von einem totgeweihten und unfinanzierbaren Wohlfahrtsstaat zu erwarten. Dieses neo-konservative Vorstellung *à l'américaine*, eine zur Karikatur verzerrte Sicht von Frankreich, ist in kurzer Zeit zum nationalen *common sense* geworden, zum Das-versteht-sich-von-Selbst der Eliten, die Frankreich vor allem

²¹ Augustin Landier u. David Thesmar, *Le grand méchant marché: décryptage d'un fantasme français*, Paris 2007.

als das Land viel zu hoher Steuern, der wuchernden Bürokratie und unaufhörlicher Streiks sehen.²² Nicolas Baverez, einer der wichtigsten Wirtschaftsberater von Nicolas Sarkozy, schwang sich zum Haupttheoretiker dieser Doktrin auf und machte sie zur Basis eines politisch-wirtschaftlichen Programms des „Bruchs“:

„Über den Niedergang Frankreichs kann nicht mehr diskutiert werden. Er ist Realität. Eine störrische Tatsache. Unerfreulich, aber dennoch existent. Das zentrale Problem, das die Franzosen 2007 lösen werden müssen, ist also nicht: ‚Wo stehen wir?‘, sondern ‚Was tun?‘ Der Niedergang ist kein Schicksal: Er ist das Ergebnis einer Folge von strategischen Fehlern und noch mehr einer Lügenblase, in die sich das politische Leben seit einem Vierteljahrhundert eingeschlossen hat. Ebenso geht die Sanierung nicht automatisch: Sie hängt nur von den Franzosen ab, die sich einer nationalen Gewissensprüfung unterziehen müssen, um ihr Land zu modernisieren. Das Ziel ist klar: ein französisches Modell neu erfinden, das ins 21. Jahrhundert passt. Dazu müssen sieben Schlüsselfragen entschieden werden: die Frage der Behörden, also der Institutionen; die Frage des Allgemeinwohls, also des Staates; die Frage der Produktion, also des Wachstums; die Frage der Arbeit, also des Sozialmodells; die Frage des Wissens, also der Innovation; die Frage der Freiheit, also der Sicherheit; die Frage nach Frankreich, also der Nation. Nach der Zeit der Diagnose beginnt die Zeit der Vorschläge. Nicolas Baverez entwirft eine Strategie der Modernisierung Frankreichs auf Basis einer Mechanik von Schock und Geschwindigkeit, die es als Einzige Frankreich erlauben wird, wieder zur Spitze der entwickelten Demokratien aufzuschließen. Baverez zielt auf eine doppelte Versöhnung ab: die Versöhnung Frankreichs mit der Modernität als Bedingung dafür, seine Kraft und Handlungsfähigkeit wiederzuerlangen; die Versöhnung der Franzosen mit ihrem Vaterland als die Bedingung dafür, extremistische Leidenschaften zu befrieden und die Demokratie zu retten.“²³

Während der gesamten Präsidentschaftskampagne wurde der Standpunkt der internationalen Doxa stärker als je zuvor vertreten. Am 13. März 2007 schalteten sich fünf Wirtschaftsnobelpreisträger (Paul Samuelson, Robert Solow, Gary Becker, Edward Prescott und Edmund Phelps) ein, um in der Zeitschrift „Les Échos“ eine „Rechnungsprüfung von Frankreich“ zu veranstalten (tatsächlich waren es einige Antworten auf sehr allgemeine Fragen). Robert Solow (Nobelpreis 1987, Professor am **Massachusetts Institute of Technology – MIT**, Präsident des Cournot-Zentrum für Wirtschaftsforschung [*Centre Cournot*]) bedauerte als Einziger, dass die Politik in Hinblick auf das Budgetdefizit nicht keynesianisch genug sei. Er verurteilte jedoch heftig die 35-Stunden-Woche und riet Frankreich, an seine Chancen bei der Globalisierung zu glauben. Von den vier anderen forderte Edward Prescott (Nobelpreis 2004), Ökonom an der **Federal Reserve** von Minneapolis sowie an der staatlichen Universität von Arizona und einer der Väter der Unabhängigkeit der Zentralbanken, sogar explizit einen charismatischen populären **Leader** wie Poincaré, Reagan oder Thatcher (sic), um Frankreich in die liberale Globalisierung zu führen, aus der es nur Vorteile ziehen könne ... Diese kollektive intellektuelle Intervention wurde ausführlich kommentiert. Sie erlaubte jedenfalls den *Jeunes populaires*, der Jugendorganisation der Union für eine Volksbewegung (*Union pour un mouvement populaire – UMP*), der Partei Sarkozys, nicht ohne Grund zu behaupten, dass die Nobelpreisträger Sarkozy wählen würden.²⁴

²² Um die massenmediale dimension dieses Phänomens zu verstehen, vgl. **J** Duval, Critique de la raison journalistique. Les transformations de la presse économique en France, Paris 2004; **T** Guilbert, L'évidence du discours néo-libéral. Analyse dans la presse écrite, Bellecombe-en-Bauges 2011.

²³ Präsentation des Verlags von Nicolas Baverez, Que faire? Agenda 2007, Paris (Perrin) 2006.

²⁴ **Sur le rôle des « prix Nobel » ... phrase incomplète**

Im Übrigen erklärt diese Intervention vielleicht auch teilweise die starke Mobilisierung von „französischen Ökonomen aus Amerika“, wie Philippe Aghion, Professor in Harvard, oder Thomas Philippon, Professor an der **New York University**, auf Seiten Ségolène Royals. Diese jungen Wissenschaftler und brillanten Akademiker aus den französischen *Grandes Écoles* wurden in den Vereinigten Staaten ausgebildet und sind der **Paris School of Economics**, die damals von Thomas Piketty geleitet wurde, verbunden. Auch sie sind glühende Befürworter einer „nicht nationalen“ Sicht der französischen Wirtschaft und ebenso fasziniert von den amerikanischen Erfolgen in vielen Bereichen wie Forschung und Technik. Ein im „**Nouvel Observateur Hebdo**“ vom 27. März 2007 erscheinender Aufruf verdeutlicht ihre sozial-liberale Orientierung, womit sie die „modernsten“ Fraktionen der französischen „Linken“ begeisterten. Dort stand zu lesen: „Wir versuchen nicht mehr glauben zu machen, dass eine oder zwei Maßnahmen ausreichen, um alles zu lösen, und noch dazu besser als früher“, stellt Thomas Piketty fest. „Man hat unter Jospin gesehen, dass dem nicht so ist. Nach dem 35-Stunden-Tag und dem Jugendbeschäftigungsprogramm *Emplois jeunes* wusste er nicht mehr recht, was zu tun sei.“²⁵ Der zitierte Thomas Piketty, medienerprobter Gründer der **Paris School of Economics**, kündigte seine Unterstützung für Ségolène Royal via Internet an (das Video wurde auf „**DailyMotion**“ 10.000 Mal heruntergeladen!). Er hielt deren Programm nicht für perfekt, verwehrt sich jedoch gegen die Angriffe der Rechten, die Ségolène Royal als archaische Linke darstellen wollten. „Etwa in den Bildungsförderzonen [*Zones d'Éducation Prioritaire – ZEP*] von 22 auf 17 SchülerInnen pro Klasse zu kommen, betrifft 300.000 Kinder pro Jahr. Das ist eine Sache im großen Maßstab, wirklich revolutionär. Dadurch könnte man das heilige Prinzip der Gleichheit überwinden und in der Schule ein bisschen mehr Konkurrenz einführen. Das ist genau das Gegenteil der alten Linken!“²⁶ Linke, Rechte? Für den „New Yorker“ Thomas Philippon wie für viele seiner Kollegen ist das nicht mehr wirklich das Problem. „Zu wissen, ob etwas links oder rechts ist, interessiert mich weniger, als zu wissen, ob es funktioniert!“²⁷

Die zunehmende Macht des intellektuellen Lobbyings in der Wirtschaftspolitik hat sich während dieser Kampagne deutlich gezeigt. Parallel dazu hat sich das politische Marketing weiter etabliert. Die **Think Tanks**, welche die Diskussion am meisten bestimmen konnten, arbeiteten nicht ohne Erfolg auf verschiedenen Ebenen. Der *Cercle des économistes* erlangte reguläre Macht und bewies, dass er die legitime wirtschaftliche Diskussion bestimmen kann. Er besteht derzeit aus ca. dreißig Ökonomen von Universitäten (die Universität Paris-Dauphine, woher die Gründer des *Cercle* kamen, ist überrepräsentiert), von öffentlichen und privaten Unternehmen und gilt als „neutraler Ort“. Mit der Publikation des Buches „Rechte Wirtschaftspolitik, linke Wirtschaftspolitik“ sollte ein Dialog zwischen der „modernen“ Linken und der liberalen Rechten initiiert werden.²⁸ Im *Cercle* sind Positionen von einem sozial angehauchten Liberalismus bis hin zum Ultraliberalismus vertreten: Entgegen seinem Anspruch beschränkt er sich auf ein begrenztes Universum, das nur den – zugegebener Maßen weiten – Bogen des Wirtschaftsliberalismus **à la française** umfasst. Der *Cercle* behauptet, dass die zunehmende Öffnung gegenüber Wirtschaftsbeziehungen mit den zu Niedriglöhnen produzierenden Schwellenländern, dass der Steuerwettbewerb und die Begrenzung des Staatsdefizits, die zur Senkung öffentlicher Ausgaben zwingen, dass die Unmöglichkeit, das Mandat der Europäischen Zentralbank zu ändern, usw. unumstößliche Fakten wären. Das vom Arbeitgeberverband Bewegung der Unternehmen Frankreichs (*Mouvement des entreprises de France – MEDEF*) gegründete Unternehmensinstitut (*Institut de l'entreprise*) und das Arbeitgeber-Forschungsinstitut *Coe-Rexecode* (*Centre d'observation économique et de Recherche pour l'Expansion de l'économie et le Développement des Entreprises*) setzten über die Webseite „**Débat 2007**“²⁹ erfolgreich zwei

²⁵ Référence?, in: Nouvel Observateur Hebdo, 27. März 2007, page ?

²⁶ Référence?

²⁷ Référence ?

²⁸ Vgl. Le Cercle des économistes, Politique économique de droite, politique économique de gauche, Paris 2007.

²⁹ Vgl. <http://www.debat2007.fr/> (3.12.2011).

bemerkenswerte symbolische Handlungen. Die erste, im Jänner 2007, behandelte die Frage der „Bezifferung“ der Wirtschaftsprogramme der Wahlkampfparteien: Dabei ging es darum, die Fähigkeit der verschiedenen KandidatInnen zu beurteilen, die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen zu finanzieren. Diese Frage war seit den Diskussionen um das „gemeinsame Programm“ der Linken in den 1970er Jahren vernachlässigt worden und wurde nun für einige Tage das Hauptthema der wirtschaftspolitischen Diskussion. Das *Institut de l'entreprise* kam zu dem Ergebnis, dass das Programm von Ségolène Royal viel zu kostspielig wäre. *Coe-Rexecode* seinerseits schätzte die Auswirkungen der verschiedenen Programme auf die Beschäftigung ein, um schließlich mit Nachdruck das Programm von Nicolas Sarkozy als überlegen zu bewerten. Bernard Salanié, Professor an der **Columbia University** und an der *Ecole Polytechnique*, hatte seinerseits eher für das Programm von François Bayrou plädiert, das am sparsamsten war. Salaniés Blog liefert übrigens bemerkenswertes Material, um die Mechanismen des üblichen neoliberalen Denkens und dessen Gebrauchsweisen im Zuge eines Wahlkampfs zu untersuchen.

Das Wirtschaftsforschungszentrum der *Sciences Po (Observatoire français des conjonctures économiques – OFCE – Centre de recherche en économie de Sciences Po)* agierte während des Wahlkampfs eher defensiv, obwohl es eine eigenständige Einrichtung ist und seine Beiträge zur wirtschaftspolitischen Diskussion vor allem bei europäischen Fragen untypisch sind. Denn den „neoliberalen“ ÖkonomInnen gelang es, die Begriffe und Bedingungen der Diskussion zu bestimmen und die „keynesianischen“ Orientierungen zu marginalisieren. Xavier Timbeau, Direktor der Abteilung „Analyse und Prognose“ des *OFCE*, wehrte sich zum Beispiel standhaft gegen die Vorstellung, dass die Staatsverschuldung der französischen Wirtschaft schaden würde. Dies anzunehmen hieße nämlich vergessen, dass das Staatsvermögen großen Wert habe und Schulden beim Aufbau des Staates historisch wichtig gewesen seien. Die Webseite des *OFCE*³⁰ zerpflückte und kritisierte sowohl die illusionäre Bezifferung der Wahlprogramme als auch die Evaluierung von deren Auswirkungen auf die Beschäftigung. Doch das *OFCE* konnte seine kritische Expertise nicht sehr weit verbreiten – trotz seiner Nähe zur Zeitschrift „Alternatives économiques“.

Es war von den ÖkonomInnen der „linken Linken“ teilweise abgeschnitten und fand bei den dominanten Medien kaum Gehör. Und auch SoziologInnen waren aus dem Wahlkampf fast vollständig ausgeschlossen. Zwar machten sich einige SoziologInnen aus dem linken Spektrum des politischen Raums für eine „Einheitskandidatur“ links von der *Parti socialiste* stark (zum Beispiel mehrere Mitglieder der Plattform *Raisons d'agir*, von denen einige die Kandidatur von José Bové oder Clémentine Autain unterstützten), ihre Hoffnungen wurden jedoch enttäuscht. Andere (wie Loïc Wacquant) wiederum nahmen an der Wahlkampfkampagne von Ségolène Royal teil – allerdings eher im Hintergrund. Eine Ausnahme bildete Dominique Méda, die studierte Philosophin, seit 2007 als Soziologin habilitiert und Mitglied der Generalinspektion für Sozialmaßnahmen (*Inspection générale des affaires sociales – IGAS*) ist. Sie hatte ein kritisches Buch über das **BIP** veröffentlicht,³¹ bereits an den Diskussionen um das französische „Sozialmodell“ teilgenommen und dabei einen sozialdemokratischen Ansatz nach dem nordischen Modell verteidigt.

Die Diskussionen um die Wohlstandsmaßnahmen: die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission (2008/09)

Ein neuer, potentieller Raum der Konfrontation zwischen den beiden Fachdisziplinen Soziologie und Wirtschaftswissenschaft hat sich in jüngster Zeit mit den Diskussionen um die „Wohlstands“-Indikatoren konstituiert. Dies veranschaulicht in gewisser Weise **a contrario** die öffentliche Vormachtstellung der ÖkonomInnen. Denn die Vorstellungen von „Wohlstand“ und „Lebensqualität“ in diesen Diskussionen richteten sich explizit gegen Maßnahmen, die auf

³⁰ <http://www.ofce.sciences-po.fr/> (3.12.2001).

³¹ Vgl. Dominique Méda, *Au-delà du PIB. Pour une autre mesure de la richesse*, Paris 2008.

Warenproduktion konzentriert sind und ihren Ursprung in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung haben, sowie gegen eine „wirtschaftgläubige“ Sicht sozialer Wirklichkeiten. In der Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission, die im Februar 2008 von Nicolas Sarkozy eingesetzt wurde, waren fast ausschließlich ÖkonomInnen vertreten, unter diesen einige Nobelpreisträger. Die eben erwähnte Dominique Méda sprach sich im Übrigen explizit gegen die Dominanz von ÖkonomInnen in einer Kommission aus, die den praktischen Gebrauch der Statistik erneuern sollte.

Seit einigen Jahren hatte eine „erneuernde Strömung“ der sozialwirtschaftlichen Statistik, weniger aktivistisch und mehr institutionell, immer größeren Einfluss innerhalb internationaler Organisationen wie der UNO (im **United Nations Development Programme – UNDP**), der OECD und der Weltbank und auch innerhalb nationaler Statistikorganisationen erobert, die selbst in einer institutionellen Entwicklung begriffen waren, deren Ausmaß mit deren politisch-intellektuellen Dynamik zusammenhing.³² Das Thema der Kritik des **BIP** und dominanter ökonomischer Indikatoren hatte zunehmend verschiedene Fraktionen der Medien- und der verwaltungspolitischen Welt in seinen Bann geschlagen, was zum Beispiel der unerwartete Erfolg des **Indikators BIP40** in Frankreich³³ gegen die Bedenken von Seiten offizieller StatistikerInnen, zeigt.

Die Entscheidung, Joseph Stiglitz neben Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi (der jenem die Idee geliefert hatte) damit zu betrauen, Vorschläge in dieser Sache zu entwickeln, kann als politischer oder „ideologischer“ Sieg einer vielschichtigen Bewegung gesehen werden, die bis kurz davor dazu verurteilt schien, an den (äußeren oder inneren) Rändern der Institutionen zu bleiben. Die globale Krise hatte zweifellos dazu beigetragen, den ProponentInnen dieser „Erneuerung“ mehr Gewicht zu verleihen: Die Einleitung des Berichts („Synthese und Empfehlungen“) stellt jedenfalls deutlich fest, dass „bestimmte Mitglieder der Kommission denken, dass die Krise [den von ihnen vorgeschlagenen Reformen, F.L.] eine höhere Dringlichkeit verleiht“.³⁴ Das meinte zumindest der Präsident Frankreichs in aller Deutlichkeit, für den sich die statistischen Werkzeuge gerade im Zuge der Krise als unzureichend erwiesen haben.

Allerdings zeigte dieser Sieg einen ersten paradoxen Aspekt: Die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission setzte sich zusammen aus eher „kritischen“, aber von den Institutionen abgesegneten ÖkonomInnen („arrivierte Häretiker“ nach dem Ausdruck Pierre Bourdieu³⁵), dann aus neoklassischen ÖkonomInnen von großem internationalen Renommee, die sich mit der Theorie des Wohlstands oder der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung beschäftigt hatten, sowie LeiterInnen von Statistikorganisationen, die beide kaum des Nonkonformismus verdächtigt werden können, und schließlich noch aus einigen ÖkonomInnen, die den Sozialwissenschaften näher standen und die in diesem Bereich an innovativen empirischen Forschungen mitgearbeitet hatten. Als „Berichterstatter“ fungierten Mitglieder nationaler (**INSEE**, **OFCE**) und internationaler (**OECD**) Organisationen. Von den 24 Mitgliedern der Kommission bekleideten zwölf einen Posten an einer amerikanischen Universität, unter diesen drei in Princeton, je zwei in Chicago und in Columbia. Fünf Mitglieder hatten den Wirtschafts-Nobelpreis erhalten. Die Kommission mobilisierte also viel an akademischem symbolischem Kapital, das an die USA, an RepräsentantInnen von Statistikorganisationen und anerkannte ExpertInnen gebunden war. Das Signal für die statistische Revolution kam somit aus dem Zentrum der internationalen Wirtschaftswissenschaft – nicht ohne zahlreiche kommissionsinterne Spannungen, deren Spuren oft im Bericht zu finden sind.³⁶

³² Vgl. Frédéric Lebaron, *Les indicateurs sociaux au vingt-et-unième siècle*, Paris 2011, S. ???.

³³ Vgl. <http://www.bip40.org/> (3.12.2011).

³⁴ http://stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_francais.pdf, 9 (3.12.2011).

³⁵ Pierre Bourdieu, *Homo academicus*, Frankfurt am Main 1988, 140-148.

³⁶ Indem die Verantwortlichen renommierte akademische ÖkonomInnen einbanden, die für ihre konkurrierenden Arbeiten bekannt sind, riskierten sie einen ökumenischen Kompromiss. Tatsächlich stehen im Bericht teilweise

Die vielen Ausführungen über die Verbesserung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung setzen ein profundes Wissen über deren Grundlagen und jüngste Entwicklungen voraus.³⁷ Folgt man den Autoren, so ist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, als ein bürokratisch-wissenschaftliches Projekt aus der Nachkriegszeit, mit vielen Problemen (oder „Anomalien“) konfrontiert und müsste daher entwickelt und immer weiter verbessert werden, um Antworten auf diese Probleme enthalten zu können – auch wenn sie dadurch an Einfachheit, ja sogar an Kohärenz verlöre. Ohne die Verwendung des **BIP** ganz zu verwerfen, plädiert der Bericht zum Beispiel für eine vermehrte Verwendung der Einkommen und des **Real-Haushaltskonsums** [consommation réels des ménages], beides Elemente, die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zwar bereits berücksichtigt, jedoch noch schlecht (über inkohärente Beobachtungen) gemessen werden. Mehrfach wird das „Prinzip der Gleichwertigkeit“ gefordert [ne s’agit-il pas ici du „principe d’invariabilité“?]: Zum Beispiel soll ein und dieselbe Dienstleistung für einen Haushalt nicht je nach dem juristischen Status des Dienstleisters unterschiedlich verbucht werden, also nicht danach, ob es sich um einen öffentlichen oder einen privaten Dienstleister handelt. Der Bericht fordert mit Nachdruck eine verbesserte Messung der nicht gewerblichen Dienste (besonders der Dienstleistungen für Gesundheit und Bildung), aus denen die Haushalte einen bisher kaum bekannten Wohlstand beziehen. In diesem Sinn sollen die Vermögensbilanzen auf allen Ebenen entwickelt und „Stresstests“ unterzogen werden. Diese basieren auf verschiedenen Hypothesen der Bewertung in Bereichen, „in denen es keinen Marktpreis gibt, oder wenn diese Preise unsteten Fluktuationen oder Spekulationsblasen unterworfen sind“.³⁸ Die Schwierigkeiten, ein im weiteren Sinn verstandenes Vermögen monetär zu messen, öffnen also ein riesiges Betätigungsfeld für jene, die gesamtwirtschaftliche Bilanzen erstellen.

Bezüglich der „Lebensqualität“ werden drei Konzepte als die „nützlichsten“ präsentiert: subjektives Wohlbefinden, „Fähigkeiten“ und „gerechte Zuwendungen“. Wiederum setzen die Ausführungen darüber eine gute Kenntnis der entsprechenden Theorien oder Arbeiten voraus. Vor allem kann nur schlecht gezeigt werden, dass die drei Konzepte „operationalisiert“ werden können, denn die methodologischen Schwierigkeiten und der Mangel an verlässlichen Daten zu diesen Fragen verhindern tragfähige Erkenntnisse in diesem Bereich weitgehend. Schließlich sind manchmal auch die Indikatoren der „Nachhaltigkeit“, die im dritten Teil des Berichts präsentiert werden, intuitiv wenig verständlich: etwa die wirkliche Sparquote (**Adjusted Net Savings** oder **Genuine Savings**), die aus den Arbeiten der Weltbank übernommen, aber von Jean Gadrey und Dominique Méda scharf kritisiert wurde.

Vom Ungleichgewicht zwischen den für den Bericht mobilisierten Fachdisziplinen kann man nur überrascht sein. Psychologie, Soziologie, Demographie, Politikwissenschaft, Naturwissenschaften, ganz zu schweigen von Geschichte³⁹, Geographie oder Anthropologie wurden beinahe völlig beiseitegelassen. Allein die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und die Wirtschaftstheorie sollen zuständig sein, Fragen und Probleme von Wohlstand und sozio-ökonomischer Leistung zu behandeln. Dies impliziert eine Verzerrung zugunsten einer utilitaristischen Sicht von Wohlstand und vor allem zugunsten von dessen bilanzierbarer Monetarisierung – und trägt zu einer eng technischen und ahistorischen Sicht des gesamten Problems bei. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie sich die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und die Wirtschaftstheorie künftig weiter entwickeln könnten.

unterschiedliche konzeptuelle Rahmen oder widersprüchliche Indikatoren oft nebeneinander, ohne dass der Bericht sich für den einen oder anderen entscheidet.

³⁷ Zur Geschichte der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Frankreich vgl. François Fourquet, *Les comptes de la puissance. Aux origines de la comptabilité nationale et du plan*, Paris 1980.

³⁸ http://stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_francais.pdf, 15 (3.12.2011).

³⁹ Jede reflexive Perspektive zum Beispiel über die sozialen Gebrauchsweisen von Quantifizierung und „Indikatoren“ wird im Bericht weitgehend ausgespart. Vgl. Alain Desrosières, *Pour une sociologie historique de la quantification* *L’Argument statistique I*, Paris 2008; u. ders., *Gouverner par les nombres* *L’Argument statistique II*, Paris 2008.

Schluss: Veränderungen in den intellektuellen Beziehungen und ihre Konsequenzen

Mit dem wachsenden Interesse an den kulturellen, institutionellen und sich historisch verändernden Dimensionen der Globalisierung könnte sich die asymmetrische und ungleiche Beziehung zwischen Ökonomie und Soziologie in Zukunft hin zu einem mehr gleichwertigen Austausch entwickeln. Tatsächlich zeigen jüngste wissenschaftliche Entwicklungen in beiden Fachdisziplinen, dass sich immer stärkere intellektuelle Beziehungen herausbilden.

Die Entstehung von Unterfeldern wie Wirtschaftssoziologie, Sozioökonomie und internationale politische Ökonomie hat zur Schaffung eines größeren wissenschaftlichen Raums an der Schnittstelle von Soziologie und Ökonomie beigetragen. Der „Neo-Institutionalismus“ beruft sich oft auf eine Erweiterung der Ökonomie um die Beziehungen zwischen Märkten und Organisationen. Wird dabei auch die Hypothese einer individuellen „Rationalität“ beibehalten, so werden doch institutionellen Bedingungen als Zwänge wirtschaftlichen Handelns, auf die Soziologen wie Emile Durkheim ihr Augenmerk gelegt haben, nicht verleugnet. Solch ein Austausch findet auch im Bereich der „politischen Ökonomie“ statt, welche die Machtbeziehungen und die institutionellen Bedingungen wirtschaftlicher Tätigkeit, besonders in den vielen Varianten des heutigen Kapitalismus (angelsächsischer, rheinischer, skandinavischer usw. Kapitalismus), betont.

Auch die jüngsten Entwicklungen der „Wirtschaftssoziologie“, die in einer breiten sozialen und intellektuellen Dynamik im soziologischen Feld gründen, hängen klar mit der Erneuerung von Fragen zusammen, die aus der Wirtschaftswissenschaft importiert und unter einem empirischen soziologischen Blickwinkel bearbeitet worden sind.⁴⁰ Die zunehmende Suche nach tragfähigen empirischen Grundlagen für Hypothesen zum Wirtschaftsverhalten hat dazu geführt, die klassischen und die neuesten soziologischen Untersuchungen zu diesem Thema in einem neuen Licht zu bewerten. Die Forschungen der experimentellen Wirtschaftswissenschaft zeigen mehr und mehr, dass die restriktiven Hypothesen zur Rationalität zugunsten von mehr integrativen Konzeptionen zumindest gelockert werden müssten.

Der interdisziplinäre Erfolg des Konzepts „soziales Kapital“⁴¹ hat die Debatten zur Wachstumstheorie, zur Theorie des institutionellen Wandels oder über internationale Vergleiche belebt. Dass dieses Konzept in Organisationen wie der Weltbank oder der OECD so wichtig ist, hat dazu beigetragen, die neuen gegenseitigen Anregungen zwischen fachdisziplinären Traditionen, insbesondere zwischen Soziologie, Ökonomie und Politikwissenschaft, zu legitimieren.⁴²

Auch die Verwendung gemeinsamer statistischer Methoden hat die Grenzziehungen zwischen Ökonomie und Soziologie teilweise abgeschwächt. Das neue Interesse für eigenständige statistische Traditionen wie die *Analyse des donnés* (insbesondere die Korrespondenzanalyse)⁴³ trägt zur Entwicklung gemeinsamer methodologischer und empirischer Problemstellungen bei, welche die Vieldimensionalität des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ernst nehmen: Die Dominanz einer abstrakten statistischen Modellierung wird dabei von einem empirisch besser fundierten Ansatz herausgefordert.

Wird diese Entwicklung der intellektuellen Beziehungen zwischen Ökonomie und Soziologie institutionelle oder politische Konsequenzen haben? Eine Schlüsselrolle könnten hierbei die oben erwähnten Diskussionen um Wohlfahrt und die generelle Suche nach weniger verzerrten sozialen und wirtschaftlichen Indikatoren spielen, die den ausschließlichen Gebrauch dominanter wirtschaftlicher Indikatoren wie des BIP in Frage stellen. Auch wenn die Stiglitz-Sen-

⁴⁰ Vgl. R. Swedberg, *Principles of Economic Sociology*, Princeton 2003.

⁴¹ Vgl. Bourdieu ...

⁴² Vgl. G.T. Svendsen and G.L.H. Svendsen, *Handbook of Social Capital, The Troika of Sociology, Political Science and Economics*, ORI 2009.

⁴³ Vgl. Lebaron ... Benzécri ... Rouanet/Le Roux ...

Fitoussi-Kommission, wie wir gesehen haben, noch weitgehend von der Ökonomie dominiert war, zeigte ihre Arbeit, dass plurale und – warum nicht? – multidisziplinäre Ansätze zur Untersuchung der sozialen Wohlfahrt nötig sind. Man kann außerdem hoffen, dass eine ganze Reihe von Fragen öffentlicher Politik im Zuge der neuen intellektuellen Bedingungen, die ich oben beschrieben habe, neu gestellt werden wird.